

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Kopiererei
Verlag Nr. 20
Postfach Nr. 22

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts-Meißen bestmöglicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1430
Verlag Nr. 20
Postfach Nr. 22

Nr. 100.

Dienstag, 30. April 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres 24 Mark. Die Abonnenten erhalten die Zeitung gratis und im Voraus zu bezahlen; eine Gebühr für das Befahren an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 von heute, 1 von jeder Grundbesitzer-Beilage (6 Seiten: 2 Gold-Pfennige; die 20 von heute Restbeilage 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Sonstige Beilagen gratis, wenn der Betrag vorläufig, deren Menge eingezogen werden muß oder der Auftragsgeber in Kontakt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Spiegel an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Wiedergabe oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Postfach 20. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Göttsch, Riesa.

Maifester oder Maipettel.

Die Sozialdemokratie feiert den 1. Mai als Weltfeiertag der Arbeit. Alle großen politischen und kulturellen Bewegungen haben ihre besonderen Feste und Feiern. Ueber die Frage, ob der 1. Mai staatlich anerkannter Feiertag sein soll, ist gelegentlich diskutiert worden. Bisher ist eine Entscheidung in diesem Sinne noch nicht gefallen, aber der Sozialdemokratie bleibt es unbenommen, von sich aus den Parteifeiertag festlich zu begehen. Darüber wäre nichts zu sagen, wenn jetzt nicht die Kommunisten eine neue Note in die Angelegenheit brächten. Ihnen klingt das Wort Feiertag viel zu friedlich. Bei ihnen geht es darum, einen möglichst lauten und gefährlichen Rummel aus dem 1. Mai zu machen. Vielleicht ist es gerade im Hinblick auf solche Absichten gut, schon vor dem großen Spektakel festzunehmen, welcher Art die Vorbereitungen sind, die der Kommunismus betreibt. Er kann dann nachher wenigstens nicht die Verantwortung so einfach ablehnen.

In Berlin haben die Kommunisten ein eigenes Komitee eingesetzt. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiterschaft hat sich dabei beteiligt. Die meisten Betriebe waren überhaupt nicht vertreten. Damit fällt übrigens zugleich auch ein bezeichnendes Licht auf die kommunistischen "Erfolge" bei den letzten Betriebsratswahlen. Man sieht, die Wähler, die da dem Kommunismus zugestimmt sind, lassen sich organisatorisch gar nicht lassen und denken nicht daran, einschredene aktive Mitglieder der Partei zu werden. Es sind Verdränger und Aufsteiger, die nur einmal stimmungsmäßig ihren Kopf dadurch abregalieren, daß sie ihre Stimme der radikalsten aller Parteien geben. Das "Mai-Komitee" mußte also ohne Mitarbeit der Arbeiterschaft, losgelassen von oben her, von der Parteileitung geschaffen werden.

Im lächerlichen Gegensatz zu dieser Komödie der Schaffung des Mai-Komitees steht dann freilich dessen Auftreten für den 1. Mai. Da sollen "Tausendtausende auf die Straße gebracht" werden. Da soll der 1. Mai "nicht Feiertag, sondern Kampftag" sein; er soll nichts Beringeres sein als "die Centralprobe für den kommenden Bürgerkrieg, sowohl für das Proletariat als auch für die Polizei". Wenn der Kommunismus an diesem 1. Mai nicht den Sieg über die Polizei davonträgt, dann "wird in ganz kurzer Zeit über Deutschland ein faschistisches Terror-Regime hereinbrechen, viel schlimmer als in Italien und Bulgarien". Die überreizten Nerven der Propaganda, die solche phantastischen Manifeste verfassten, können offenbar ihre geistige Spitze gar nicht schärf genug gewirkt bekommen und meinen, der Bestand aller anderen Menschen müßte dem ihrigen entsprechen. Aber die vernünftig gebliebene Arbeiterschaft lehnt zu 90 Prozent diesen kitschigen Bombast ab. Schlimm ist nur, daß immerhin die Gefahr besteht, daß einige wenige, namentlich junge unreife Elemente, den strapalösen Rhetorikern auf den Leib gehen und der provokatorischen Aufforderung zur Bürgerkriegsprobe gegen die Polizei Folge leisten. Wenn sich dann der Volkspolizist ferner Haut wehrt, wenn der Staatsbeamte für die Aufrechterhaltung von Recht und Gesetz eintritt, dann wird ein hysterisches Geschrei erhoben, dann wird von barbarischen Volksempfehlungen, von den Blutbänden des Staates — und was der kommunistische Jargon sonst noch an Kraßausdrücken aus der Woffe halt — die Rede sein; dann sollen die Opfer der Hebe, die man selbst inszeniert hat, der Gegenseite zur Last gelegt werden.

Man kennt diese Methoden aus den traurigen Ausschüssen von 1919 oder von 1928. Das Leben von Hunderten von unglücklichen Arbeitskollegen haben die kommunistischen Gehirne auf dem Gewissen. Aber sie tragen leicht daran. Denn es ist nur eine Situation, die bei der man der Polizei wieder eins auswichen kann! Wenn man nur wieder ein paar hundert blutige Schlagellen für die rote Fahne und für ein paar Flugblätter dadurch gewinnt! So geht in einem Rundschreiben des kommunistischen Bezirks-Wasserkante die seltene Prophezeiung: "Es wird zu schweren Zusammenstößen kommen, wobei es eine Anzahl von Toten gibt". Wer denkt in Deutschland daran, am 1. Mai ein paar Menschen totzuschlagen? Wenn nicht die Kommunisten daran denken würden, dann würde wahrhaftig niemand auf diesen entsetzlichen Gedanken kommen. Im Interesse der Partei aber spielt man mit solchen Phantasien in der leicht zu durchschauenden Absicht, gerade dadurch die verhängnisvolle Stimmung zu schaffen. Man fordert auf diese Weise die Mitglieder auf, sich zu demassieren. Denn natürlich, wenn schwere Zusammenstöße unvermeidlich sind, dann muß man sich doch auch wehren. Der Volkspolizist wird die Absicht untergeschoben, um jeden Preis Blut vergießen zu wollen. Redet man aufgeregt den jungen Leuten solches Zeug ein, dann werden sie am 1. Mai die Straße schon von vornherein mit dem Gedanken betreten, daß es nun unter allen Umständen etwas geben muß. Es wäre ja auch kein Kampf, es wäre viel zu langweilig, wenn der 1. Mai vorüberginge, wie andere Tage auch, und wenn er nicht ein paar ausdauernde stolze Prügeln mit Bewundern und Toten brächte. Steht man die Menschen erst einmal darauf ein, daß sie solche Sensationen erwarten, und daß sie ohne solche Sensationen den Zweck für verfehlt halten, dann müßte es schon sonderbar zugehen, wenn da nicht der eine oder andere vor lauter Ungeduld losbricht. In dann ein solcher Spektakel vorüber, hat sich der Staat im Interesse der friedliebenden Bürger der Provokation erwehrt, dann wird überaus gemurmelt und bedauert, dann wird neue Entzückung aufgeschrien, dann werden Proklamationen verlesen, und dann spielen dieselben alten Requisiten, die aus parteipolitischen Zwecken

Die Berliner Besprechungen Dr. Schachts.

II Berlin. Die Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Berlin, die auf zwei Tage bemessen ist, hat gestern vormittag zunächst in einer Besprechung des führenden deutschen Sachverständigen mit dem Reichsfinanzminister und den drei Ressortministern und dem Reichswirtschaftsminister geführt. Eine veränderte Haltung der deutschen Sachverständigen wird sich daraus, gutem Vernehmen nach, nicht ergeben. Die deutschen Sachverständigen haben von vornherein ihre Aufgabe, den Vereinbarungen entsprechend, so ernst genommen, daß eine Abänderung ihres Standpunktes mit dieser Aufgabe nicht vereinbar erscheint. Es ist aber auch verträglich, von einer Diplomatenkonferenz oder irgendwelchen anderen Bemühungen zu reden, die an Stelle der Sachverständigenarbeit treten könnten, wenn diese abgeschlossen sein wird. Einwille ist der Bericht über den Verlauf der Konferenz noch in seinem Endergebnis nicht zu übersehen; es ist aber durchaus denkbar, daß in Bezug auf die Konventionen zwei oder drei voneinander abweichende Ansichten niedergelegt werden. Der in offenkundig polemischer Absicht gegen die deutsche Delegation erhobene Vorwurf, sie habe mit ihrem Vorherrschaftsinteresse getrieben, ist inzwischen, selbst von französischen Zeitungen, zurückgenommen worden, bezw. in die Richtung abgemildert worden, daß die betreffenden Ansichten sehr wohl Gegenstand künftiger Aufgaben der geplanten Reparationsabhandlung bilden könnten.

Die Nachmittags-Sitzung des Redaktionsausschusses.

II Paris. Der Redaktionsausschuß der Sachverständigenkonferenz hat die gestern vormittag begonnene Durchsicht des Berichtsentwurfes heute nachmittags von 2-5 Uhr fortgesetzt. Es wurde beschlossen, daß die mind-

lich vorgebrachten Abänderungsvorschläge und sonstigen Ausstellungen schriftlich formuliert in der nächsten Sitzung des Redaktionsausschusses am Mittwoch nachmittags 3 Uhr vorgelegt werden. Der heutige Tag bleibt also sitzungsfrei.

Senator Hubert über die Reparationskonferenz.

II Paris. Bei Eröffnung der Tagung des Generalrats des Departements Ardennes in Metziers hat der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Hubert, in seiner Eröffnungsrede sich auch mit der Reparationskonferenz beschäftigt. Er führte aus: Die Alliierten haben bereits beträchtliche Beiträge an dem Betrag ihrer Guthaben vorgenommen. Es ist nicht möglich, daß die Opfer nicht nur von ihrer Seite gebracht werden. Frankreich erwartet — und hat das bekanntgegeben — die Deckung der interalliierten Schulden und einen bestimmten Reichtum auf die eigentlichen Reparationen. Es wünscht sehr, daß man zum Ziele kommt; es will aber nicht, daß man um jeden Preis zum Ziele kommt. Uebrigens würde ein Mißerfolg nicht Frankreich am meisten schädigen. Das Reparationsproblem ist nicht nur ein technisches, sondern auch ein politisches; es nimmt die erste Stelle in dem allgemeinen Problem der deutsch-französischen Beziehungen ein. Insofern handelt es sich also wieder einmal um den ganzen Fragenkomplex der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, über den man sich verständigen muß. Immer wieder muß betont werden, daß Locarno nicht Versailles aufgeben hat. Ebenso wie Frankreich im Falle eines Mißerfolges der Sachverständigenkonferenz an dem letzten Boden des Pöndener Zahlungsplanes festhalten würde, ebenso beruft es sich hinsichtlich der wirklichen Wirtschaftslage und der Möglichkeiten Deutschlands auf die Feststellungen Pariser Vertrags.

Sozialversicherungsfragen im Reichstag.

von Berlin, 29. April, 3 Uhr.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt beim Kapitel "Sozialversicherung".

Abg. Franz Krenn (Komm.) führt Beschwerde über den langwierigen Instanzenweg und über die zu schließende Erleichterung von Versorgungs-Ansprüchen.

Abg. Vogel (D.-F.) tritt für die Innungsfrankenlassen ein und wendet sich gegen den Plan, die Einkommensgrenze für die Zwangsversicherung in Ortsfrankenlassen und in der Angehörigen-Versicherung weiter zu erhöhen.

Abg. Jiegler (Dem.) wirft den Vertretern der Wirtschaftspartei vor, sie hätten nur im Plenum grobe Reden, aber im Sozialpolitischen Ausschuss hätten sie sich ausgedehnt. Die Demokraten seien nicht grundsätzlich Gegner der Innungsfrankenlassen, aber sie seien gegen den Antrag, daß Innungsfrankenlassen für eine so kleine Zahl Versicherter gegründet werden, daß die Beiträge kaum zur Deckung der Verwaltungskosten ausreichen (Unruhe S. d. D.-F.). Die Reichsregierung sollte einmal das Material über die Zustände bei den Innungsfrankenlassen bekanntgeben (große Unruhe S. d. D.-F.). Der gegen die Frankenkassen erhobene Vorwurf der Verschwendung sei unzutreffend.

Abg. Traßmann (Bayer. Vp.) führt aus, der starke Geburtenrückgang hänge zum großen Teil mit der wirtschaftlichen Notlage zusammen. Die Fürsorge für die Kinderreichen müsse verbessert werden. Bei der Familienversicherung könne die Sozialversicherung noch viele Verbesserungen durchführen.

Abg. Götze (Nat.-Soz.) begründet den Antrag seiner Freunde, die Ungleichheiten bei der Behandlung der Sozialversicherung im Saargebiet endlich durch Vereinfachung von 120 Millionen im Etat zu beseitigen und die hier begehenden Ungleichheiten durch einen Untersuchungs-Ausschuß klären zu lassen.

Damit schließt die Besprechung über den Abschnitt Sozialversicherung.

Die Sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Pflichtgrenze in der Angehörigen-Versicherung sind durch die Erklärung der Regierung als erledigt erklärt. Der von den Nationalsozialisten beantragte Untersuchungs-Ausschuß wird gegen Antragsteller und Kommunisten abgelehnt, während die übrigen Einzelforderungen dem Ausschuss überwiesen werden.

Das Trampenspiel arrangiert haben, die Edelmütigen, die Leidtragenden, die Freunde des Proletariats, die gar nicht begreifen können, wie Volkstümlich und Staatsdienlich so grausam sein können!

Einem Feiertag der Arbeit mag man jeden feilhalten, wenn man sie nicht als ein drittes Spektakel zur Feier des Tages aufzuführen, hat aber niemand das Recht.

Es folgt die Aussprache über den Abschnitt "Arbeitsvertragsrecht, Schlichtungswesen, Arbeitschutz".

Abg. Weg (Soz.) erklärt, durch die eigenartige Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts werde die Verbindlichkeit von Schlichtungsrichtern hart unterbunden.

Abg. Franz Reich (Soz.) verlangt die jährliche Vorlegung eines Hausangehörigen-Gesetzes und die Verbindung der Kinderarbeit auch in der Landwirtschaft. In Österreich gebe die Ausnutzung der Kinder in der Landwirtschaft so weit, daß viele Kinder überhaupt keinen geordneten Schulunterricht genießen.

Abg. Schmidt-Merzbach (Komm.) führt aus, das Internationale Arbeitsamt in Genf habe bisher einen wirksamen internationalen Arbeiterschutz nicht durchführen können.

Die kommunistischen Abg. Pape und Thesen fordern besseren Arbeiterschutz in der Landwirtschaft und im Bergbau.

Reichsarbeitsminister Bissel erklärt, er sei bereit zur Verantwortung der kommunistischen Interpretation über das Gruben-Unglück in Rheinhausen. Zuständig sei für diesen Fall nicht die Reichsregierung, sondern die preussische Regierung, die zu derselben Angelegenheit bereits eine Interpretation eingehend beantwortet habe. Der Minister verliest diese Antwort und betont, daß danach die zuständigen Bergbehörden alles getan hätten, was erforderlich gewesen sei. In Russland seien die deutschen Grundbesitzer für das Schlichtungswesen im allgemeinen übernommen worden.

Damit ist die Aussprache über dieses Kapitel beendet.

Angenommen wird ein sozialdemokratischer Antrag, der die baldige Vorlegung einer Seemannsordnung, eines Hausangehörigen-Gesetzes, Tarifvertrags-Gesetzes und Arbeitsvertrags-Gesetzes verlangt, ebenso ein demokratischer Antrag, der eine Druckschrift über die mit der Durchführung des Betriebsräte-Gesetzes gemachten Erfahrungen fordert.

Ein deutsch-nationaler Antrag auf Zulassung von Rechtsanwältinnen bei den Arbeitsgerichten wird abgelehnt.

Verschiedene andere Anträge werden Ausschüssen überwiesen.

Um 6 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag, 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben dem Rest des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums der Haushalt des Reichsbergbauamts.

Wir haben Rechtmäßiges nun doch schon zu oft erlebt, als daß wir uns immer wieder diese gewalttätigen Zwischenfälle gefallen lassen dürften. Es seien die verantwortlichen Verantwortlichen deshalb schon vor dem 1. Mai beim rechten Namen genannt. Man wird sie dann nachher wieder erkennen, wenn sie sich nach altgewohnter Weise um die Verantwortung zu drücken suchen.